

STAATSVISITE IN POLEN

An Russlands Nabelschnur

Anina Valle Thiele

Als einziges Land der EU hat Polen die Finanzkrise unbeschadet überstanden. Doch während Polens Wirtschaft blüht, sorgt sich das Land nach der Krim-Annexion um seine Unabhängigkeit. Der Staatsbesuch Luxemburgs kommt politisch wie wirtschaftlich beiden Seiten gelegen.

Es muss mit an der umfassenden Zerstörung Warschaws im Zweiten Weltkrieg und an den sechs Millionen allein in Polen umgebrachten Menschen liegen, dass in Warschau Geschichte allgegenwärtig ist. Die heute den Einwohnern nach zehntgrößte Stadt der Europäischen Union, deren westliche Stadtteile im Herbst 1944 fast vollständig zerstört worden waren, beeindruckt durch ihre architektonische Symbiose aus historisch rekonstruierten Gebäuden, sozialistischem Realismus und Denkmälern. Der prunkvolle Präsidentenpalast - ein aus dem 17. Jahrhundert stammendes Stadtschloss - und das Grabmal des unbekannten Soldaten am Pilsudski-Platz waren denn auch die ersten Stationen des großherzoglichen Paares und einer begleitenden Wirtschaftsdelegation bei ihrem Staatsbesuch in der vergangenen Woche. Beim Empfang durch Staatspräsident Bronislaw Komorowski lobte dieser die polnisch-luxemburgischen Beziehungen. Ministerpräsident Donald Tusk sprach gar von exzellenten, ja geradezu „modellhaften“ Beziehungen. Mit Verweis auf das in Polen zu empfangende Unterhaltungsprogramm von Radio Luxemburg hob Großherzog Henri seinerseits hervor: „Wir sind stolz, Polen in einer so schweren Zeit ein bisschen Freude gegeben zu haben“. An der Seite der

Fahne Luxemburgs wehte auch die der Solidarnosc - in Erinnerung an den friedlichen Übergang Polens zur „sozialen Marktwirtschaft“. Die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc, die den Anfang des Endes des Realsozialismus in Polen eingeleitet hatte, ist fester Bestandteil der nationalen Selbstidentifikation geworden. Ihre Symbole stehen für die polnische „Selbstbefreiung vom Kommunismus“. Ausgerechnet am ehemaligen Sitz der kommunistischen Zentralpartei in Warschau entstand die Börse, für die später daneben ein Neubau errichtet wurde. Es scheint ganz so, als hätten Warschau und Krakau, die zweite Station des Staatsbesuchs, ihre realsozialistische Vergangenheit entschlossen abgeschüttelt, um sich mit Enthusiasmus und starker USA-Sympathie ins Projekt EU zu stürzen.

Modellhafte Beziehungen

Der Besuch des Museums des Warschauer Aufstandes, eine Kranzniederlegung am Warschauer-Ghetto-Ehrenmal vis-à-vis dem neuen Museum der polnischen Juden standen am zweiten Tag auf dem dichtgedrängten Programm. Im vergangenen Jahr, zum 70. Jahrestag des Aufstands im Warschauer Ghetto, war das Gebäude Mahlamäki, ein Bau aus Kupfer, Glas, Stein und Stahlbeton, eröffnet worden, das an 1000 Jahre jüdisches Leben in Polen erinnert - und nicht zuletzt auch daran, dass Warschau mit einem Drittel jüdischer Bevölkerung einst die größte Stadt mosaischen Glaubens in Europa war. Dass Antisemitismus bis heute in Polen lebendig ist, davon zeugte nicht erst der Proteststurm um Wladyslaw Pasikowskis Film „Poklosie“ im ver-

gangenen Jahr, der auf das Massaker an Juden in der Gemeinde Jedwabne anspielt. Pasikowski wurde im eigenen Land als Nestbeschmutzer diffamiert, rührt sein Film doch an das offizielle Narrativ der Opfertation. Es ist die andere Seite des Landes, das Geschichte atmet und in dem Erinnerungskultur omnipräsent ist.

„Heute ist Polen ein modernes Land mit einer jungen dynamischen Bevölkerung, die über eine ausgezeichnete Ausbildung verfügt“, stellte Außenminister Asselborn fest und verwies damit auf den eigentlichen Anlass des Staatsbesuchs. Dieser war natürlich nicht die Auseinandersetzung mit der Geschichte, sondern der Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Luxemburg und Polen. Mit 18,22 Milliarden Euro Investitionen (Ende 2012) ist Luxemburg stark in Polen engagiert. Nach Deutschland mit 26,9 Milliarden den Niederlanden und Frankreich steht es bereits an vierter Stelle. Im vergangenen Jahr hat Luxemburg Waren im Wert von 245 Milliarden Euro nach Polen exportiert und Waren in Höhe von 160 Millionen Euro aus Polen importiert. Der Warenhandel zwischen den beiden Ländern beläuft sich heute auf rund 400 Millionen Euro jährlich. „Polen ist 116mal so groß wie Luxemburg, sein PIB ist zehnmal höher, und 95% der Polen bekennen sich zum Katholizismus“, referierte der luxemburgische Außenminister aus seinem Vorbereitungsdossier.

Im Mittelpunkt der Staatsvisite stand denn auch das „Business and Financial Forum Poland-Luxembourg“, ein eintägiges Seminar, organisiert von luxemburger Wirtschaftsverbänden, bei dem rund 400 VertreterInnen des

Luxemburger und polnischen Wirtschafts- und Finanzsektors zugegen waren. Wirtschaftsminister Schneider zeigte sich nach dem Seminar enthusiastisch: Es sei geplant, Polen künftig zu einem logistischen Knotenpunkt zu machen, denn bisher sei allein die Strecke Berlin-Warschau gut ausgebaut. Luxemburg habe schon viel in seine Infrastruktur investiert und strebe seit längerem eine Zusammenarbeit mit Polen an, um von dort aus Zugang zu den Ländern östlich der EU zu gewinnen. Eine solche Verbindung, bei der Lastwagen auf dem Schienennetz von Luxemburg nach Polen und umgekehrt transportiert werden sollen um von dort aus weiter gen Osten bzw. Süden zu fahren, sei kosten- und energiesparend. CFL-Cargo und CFL-Multimodal verhandelten vor Ort mit den polnischen Partnern.

Omnipräsente Erinnerungskultur

Absatzchancen und Nachholbedarf sieht Etienne Schneider auch im Umweltbereich. Angesichts der Tatsache, dass Polen dezidiert auf Braunkohle setzt und damit zu den größten Umweltverschmutzern in Europa gehört, könne man helfen, die Schadstoffbelastung durch ein schonendes luxemburger Verfahren zu reduzieren. Gleichzeitig wolle man Polen darin unterstützen, im Energiebereich autonom zu werden. Bodenschätze könnten exportiert werden - ohne dass es Probleme mit den CO₂-Emissionen gäbe. Neben der Logistik sind ihm zufolge noch zwei weitere Sektoren ausbaufähig: die Stahlindustrie, wo mit ArcelorMittal in beiden Ländern ein und



Erinnerungskultur wird in Polen groß geschrieben: Das großherzogliche Paar nach einer Kranzniederlegung an dem vom Bildhauer Nathan Rapaport geschaffenen Warschauer-Ghetto-Ehrenmal.

FOTO: © 2014 SIP / NICOLAS BOUY

dasselbe Unternehmen - zugleich der größte Industrie-Arbeitgeber in beiden - aktiv ist, und die Lebensmittelbranche. Auch Finanzminister Pierre Gramegna hob das Wirtschaftswachstum Polens positiv hervor; zudem sei Polen ein Land mit einem starken internationalen Bankensektor. Dass das Land sich so gut in der Krise geschlagen habe, sei auch ein Erfolg der Europäischen Union. Insofern zeige seine Entwicklung, dass und wie kleine Länder von der EU profitieren können. „Wir haben 5.000 Polen, die in Luxemburg arbeiten - ich sehe da sehr viel Potenzial, Projekte zu entwickeln“, so Gramegna. Es gebe zum Beispiel noch keine polnische Bank in Luxemburg. Im Bereich der Energiepolitik ist es das Ziel des polnischen Ministerpräsidenten Tusk, Unabhängigkeit von den russischen Energieimporten zu erlangen. Mehr Energieeffizienz und eine nachhaltige Eigenversorgung werden angestrebt, doch soll auch die Erkundung von Schiefergas und das Vorhaben, Flüssiggas aus den USA zu importieren, vorangetrieben werden. Auch „Atomenergie“ ist für Tusk - im Unterschied zu Schneider - eine Option.

Neben der wirtschaftlichen Vernetzung ist durch den Staatsbesuch auch

auf dem Feld der Wissenschaft und Forschung einiges in Gang gekommen. Polens Universitäten in Warschau und Krakau, denen das großherzogliche Paar einen Besuch abstattete, haben eine jahrhundertealte Tradition. Die Jagiellonen-Universität in Krakau wurde 1364 gegründet und ist - nach der in Prag - die zweitälteste Universität Mitteleuropas. An ihr studierten unter anderem Nikolaus Kopernikus und Karol Wojtyła, der spätere Papst Johannes Paul II. Im Rahmen einer Forschungsk Kooperation mit der Technischen Universität in Warschau wurde beschlossen, gemeinsame Standards zur Sicherheit im IT-Bereich zu entwickeln. Bereits vor zwei Jahren hatte die Forschungsk Kooperation zwischen den Universitäten zu einem Abkommen zwischen dem Luxemburger „Fonds national de la recherche“ (FNR) und dem polnischen Forschungs- und Entwicklungszentrum (NCBIR) geführt.

Schon während des dreitägigen Besuchs selbst wurden Großherzog und Minister nicht müde zu betonen, dass der Besuch zum richtigen Zeitpunkt stattfinde. „Die Staatsvisite ist ein Aufhänger, um sich sichtbar zu machen und seine Rolle zu erklären“ brachte es Schneider auf den Punkt.

Gerade in diesen Tagen scheint Polen in besonderem Maße auf Allianzen, auf die Nato und die starken Schultern der EU zu setzen. Denn seit der Krim-Krise und den Auseinandersetzungen in der Ukraine hat sich in Polen die nie verschwundene Sorge vor russischem Dominanzstreben neu belebt. Die Frage nach der Energieversorgung und der Unabhängigkeit von russischen Gaslieferungen stellt sich durch den Ukraine-Konflikt drängen denn je, und Polens Regierungsvertreter machen keinen Hehl daraus, dass die Vorgänge im Nachbarland ihnen Sorgen bereiten. In jüngsten Umfragen gestanden fast fünfzig Prozent der polnischen TeilnehmerInnen ein, um die Unabhängigkeit des Landes zu fürchten.

Gemeinsame Standards im IT-Bereich

Dass Polen in einer solchen Situation auf die Unterstützung durch die EU setzt und ein Staatsbesuch Luxemburgs gelegen kommt, liegt auf der Hand. Polen ist zudem kein unattraktiver Partner, zumal es das einzige Land in der EU ist, an dem die Wirtschafts- und Finanzkrise vorbeigezogen ist,

ohne große Schäden zu hinterlassen. Unmittelbar nach der Finanzkrise, 2009, war Polen der einzige EU-Staat, der ein positives Wachstum verbuchen konnte (1,7%). Die Wirtschaft floriert; nach Wachstumsraten von gut vier Prozent in den letzten Jahren wird Polen - laut Prognosen der EU-Kommission - auch 2014 ein Wachstum von etwa drei Prozent verzeichnen können. Auch der polnische Finanzsektor, der überdurchschnittlich stark von ausländischen Banken dominiert wird, erwirtschaftet jedes Jahr neue Rekorde. Nach Meinung der polnischen Finanzaufsicht haben die Kursschwankungen der polnischen Wirtschaft Auftrieb gegeben, sie hätten geholfen, die Exporte anzukurbeln. Mit anderen Worten: Polens Wirtschaft konnte die relative Schwäche des polnischen Zloty gegenüber dem Euro nutzen, um ihre Produkte günstiger als Länder des Euro-Raums anzubieten. Da der Zloty als nationale Währung relativ autonom von der Zentralbank auf- und abgewertet werden kann, kann dieser Spielraum genutzt werden. Kein Wunder also, dass Polen, das in diesem Jahr seine zehnjährige EU-Mitgliedschaft feiert, seit 2007 Mitglied des Schengen-Raums ist und derzeit 50 Sitze im EU-

AVIS

POLITIK

Ministère du Développement durable et des Infrastructures Administration des bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte

Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :

Date : 24/06/2014 Heure : 10:00

Lieu : Administration des bâtiments publics, 10, rue du Saint-Esprit, L-1475 Luxembourg

SECTION II : OBJET DU MARCHÉ

Intitulé attribué au marché :

Travaux de menuiserie extérieure - façades vitrées à exécuter dans l'intérêt du Laboratoire National de Santé à Dudelange - phase 2

Description succincte du marché :

- bâtiment à 4 étages hors sol et un étage technique
- éléments de façade :
 - environ 1'800 m² de triple vitrage avec châssis en aluminium
 - environ 250 m² de façade en verre translucide (étage technique)
 - stores extérieurs à lamelles : environ 1'700 m²
 - stores intérieurs en textile : environ 1'500 m²
 - divers éléments d'habillages métalliques

Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.

La durée prévisible des travaux est de 690 jours calendriers à débuter fin 2014

SECTION IV : PROCÉDURE

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Les documents de soumission peuvent être retirés, soit électroniquement via le portail des marchés publics (www.pmp.lu), soit après réservation préalable 24 heures à l'avance (soumissions@bp.etat.lu), auprès de l'adresse de l'administration, du 15 mai au 17 juin 2014.

Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.

SECTION VI : RENSEIGNEMENTS COMPLÉMENTAIRES

Autres informations :

Conditions de participation :
Chiffre d'affaires annuel minimum requis : 2'500'000.- Euro
Effectif minimum en personnel requis : 40 personnes
Nombre minimal des références : 3

Réception des offres :

Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux de façade dans l'intérêt du Laboratoire National de Santé à Dudelange - phase 2 » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. : 12/05/2014

La version intégrale de l'avis no 1400491 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Le ministre du Développement durable et des Infrastructures
François Bausch

Administration de la navigation aérienne

Poste vacant

L'Administration de la navigation aérienne engagera

un(e) salarié(e) carrière E
à tâche complète et à durée indéterminée

pour les besoins **du service administratif division entretien.**

Missions :

- maintenance des bâtiments de l'administration
- entretien des systèmes d'éclairage et de distribution de courant électrique à l'intérieur des bâtiments
- entretien des systèmes de chauffage et de climatisation
- fauchage et maintenance des alentours
- déneigement et salage (également pendant la nuit, le weekend et les jours fériés)
- gestion des déchets de l'administration
- distribution du courrier interne et externe

Profil :

- disposer d'un « CATP » soit en électricité soit en chauffage/sanitaire
- posséder une bonne connaissance des outils informatiques courants (Word, Excel)
- avoir le sens de responsabilité et d'organisation
- être flexible, motivé et avoir l'esprit d'équipe
- être en possession d'un permis de conduire classe B

Les demandes sont à adresser pour le 28 mai 2014 au plus tard à Monsieur le Directeur de l'Administration de la navigation aérienne, B.P. 273, L-2012 Luxembourg.

Les demandes seront accompagnées des pièces suivantes : un extrait de l'acte de naissance, un certificat d'identité, un extrait du casier judiciaire et une notice biographique.

Statec

L'Institut national de la statistique et des études économiques cherche

1 économiste (m/f)

pour le poste de

Chef de la division « études, prévisions et recherche » engagement à durée indéterminée et à tâche complète (40 h/s) à partir du 1er août 2014

Mission :

Le chef de division est responsable d'une équipe d'économistes et de chercheurs d'origine multiculturelle. Il supervise l'élaboration des plans stratégiques et leur exploitation, les budgets ainsi que les programmes de publication et leur réalisation.

Profil souhaité :

- Profil senior, un minimum de 10 ans d'expérience professionnelle dont 5 ans à un poste d'encadrement d'équipe.
- Avoir une forte motivation pour le développement de la recherche appliquée.
- En tant qu'acteur de haut niveau de la Fonction publique luxembourgeoise, il est demandé d'avoir une connaissance de la réalité de la société LU, de l'économie LU et des institutions LU, du système statistique UE et LU et des contacts avec les principaux acteurs économiques LU.

Prière d'adresser les candidatures manuscrites avec CV et copies des diplômes pour le **30 mai 2014 au plus tard** au :

Statec
à l'attention de
Monsieur Serge ALLEGREZZA
Directeur
B.P. 304
L-2013 Luxembourg

Parlament innehat, trotz regelrechter Europa-Euphorie noch immer nicht der Euro-Währungsunion beigetreten ist. Über die Hälfte der Bevölkerung (62% der Polen) will am Zloty festhalten. Mit Skepsis blicken sie auf den Euro, der landläufig mit der Krise verbunden wird. Ein Blick nach Griechenland oder Portugal dürfte ihnen genügen, um weiterhin Zeit zu schinden. So wird offenbar darauf gesetzt, zunächst die Wirtschaft so wettbewerbsfähig wie möglich zu machen, um irgendwann nach den Wahlen 2015/2016 den Euro einzuführen. Eilig haben es die Polen mit der Einführung des Euro jedenfalls nicht. Doch zumindest von Seiten der EU steigt der Druck: „Die Konvergenzkriterien sind mittlerweile fast alle erfüllt“, meinte Asselborn in Warschau, Polen sei auf dem Weg zum Euro - es müsse nur zuvor noch seine Verfassung ändern.

Schwäche des Zloty ist seine Stärke

Glaubt man Ministerpräsident Donald Tusk, so definiert die derzeitige Krise in der Ukraine die Europäische Union neu. Entscheidend ist Tusk zufolge, ob die Länder ihre bilateralen Beziehungen mit Moskau umgestalten, oder ob der Konflikt um die Ukraine dazu führt, dass in der EU die gemeinsamen außenpolitischen Anstrengungen verstärkt werden. „Die deutsch-russischen Beziehungen dürfen nicht



Die beiden Stars der Wirtschaftsdelegation, Etienne Schneider und Pierre Gramegna, in ihrem Element.

FOTO: © 2014 SIP / CHARLES CARATINI

wichtiger sein als die gemeinsamen europäischen Interessen", mahnte Tusk vor kurzem in einem „Zeit“-Interview. Und: „Wichtiger, als die Intensität der Sanktionen ist aus meiner Sicht die europäische Solidarität“, versuchte er die EU zu verpflichten, um „die russische Expansionspolitik“ zu stoppen. Um sich längerfristig von der Abhängigkeit von Russlands Gasimporten zu lösen - zwei Drittel der polnischen Gasimporte werden noch immer von Russland bezogen (!) - schwebt Tusk eine paneuropäische Gasbörse, eine Energieunion für Öl und Gas nach

dem Vorbild der Euratom vor. So hat es ganz den Anschein, als verstärkte der Ukraine-Konflikt den EU-Glauben der Polen noch weiter. Denn mit der EU als Rückhalt könnte die russische Bedrohung eingedämmt werden, so die Erwartung. „Polen tritt forscher auf als Luxemburg“, bestätigte denn auch Etienne Schneider am Rande des Staatsbesuchs, seine „aktuelle geopolitische Situation ist geprägt durch Angst vor Russland“. Die Forderung nach einer Vertiefung der europäischen Integration ist Ausdruck der polnischen Sicherheitsstrategie, ebenso wie die

physische Präsenz der Nato (dazu gehört auch die Raketenabwehr) als Garantie an der EU-Außengrenze.

Jean Asselborn ist damit in Polen mehr als ein Hoffnungsträger - er ist im EU-enthusiastischen Polen ein Star. In einer Rede am „Polish Institute of International Affairs“ (PISM) am zweiten Tag des Staatsbesuchs zeigte er sich mehr denn je als überzeugter Europäer und gab sich als ehrlicher Vermittler in der Ukraine-Krise. Mit Blick auf die Annexion der Krim forderte der luxemburgische Außenminister, einen neuen Kalten Krieg um jeden Preis zu verhindern. Sanktionen gelte es so weit wie möglich zu vermeiden. Deeskalation lautet seine Devise. Auf lange Sicht schade sich Russland mit seinem Gebaren selbst. Es bringe sich in die Isolation, die Wachstumsprognosen für seine Wirtschaft 2014 seien laut IWF schon jetzt gering. Nun gelte es, gemeinsam an einer friedlichen Lösung zu arbeiten, die nur unter Respektierung der Souveränität der Ukraine möglich sei. Unter keinen Umständen dürfe man, in der Absicht, die Politik(er) zu maßregeln, die Menschen bestrafen. „Our policies should bring stability and prosperity to those in need“, so die Botschaft seiner Rede, in der der luxemburgische Außenminister das Wertegefüge der EU und die Institution der NATO beschwor. Wenngleich arg optimistisch, schindete er mit seinem Diskurs am Politikwissenschaftlichen Institut in Warschau

Eindruck. Vielleicht gerade, weil Asselborn mit seiner jovialen Art es jedem leicht macht, ihm abzunehmen, dass er es ernst meint. Obschon seine Rede, in das altbekannte Willy-Brandt-Zitat „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“ mündend, etwas dick aufgetragen wirkte, erntete er begeisterten Applaus.

Europäische Energieunion?

Doch ob diese Bekenntnisse ausreichen, den „Elefanten im Osten“, wie der luxemburgische Außenminister Russland in seiner Rede nannte, zu beeindrucken? Eines ist sicher, die luxemburgische Staatsvisite in Polen wird von beiden Seiten in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht als erfolgreich eingeschätzt. „Selten sind Wirtschaftsmissionen so schnell und so erfolgreich verlaufen“, vermeldete der Direktor der Handelskammer, Carlo Thelen. Nach Vertragsabschlüssen vor Ort sei es nun an der Zeit, über eine direkte Flugverbindung nach Polen nachzudenken. Und selbst Großherzog Henri zog vor der Presse eine durch und durch positive Bilanz. Er bewunderte den Mut der Polen, sich ihrer Geschichte zu erinnern, - es gebe eine Pflicht zur Erinnerung, die die Polen wörtlich nähmen. Könnte am Ende der Monarch einen Impuls für eine wachere Erinnerungskultur in seinem eigenen Land geben?

FOTO: © 2014 SIP / CHARLES CARATINI



Keine Lektionen erteilen, sondern sich für Frieden einsetzen - das war die Botschaft Jean Asselborns in seiner Rede am Polish Institute of International Affairs (PISM) in Warschau.